

# Vorwärts

10 Pfennig

Dienstag

27. Juli 1926

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftszeit 8 1/2 bis 5 Uhr  
Verleger: Dormüts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202-201

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Staatsanwalt gegen Reichsbanner.

### Einseitiges Vorgehen auf Grund deutschnationaler Hege.

Am Sonntag, den 18. Juli, kam es zwischen Reichsbannerleuten der Ortsgruppe Langendreeer und Mitgliedern des Vereins ehemaliger Heeresangehöriger aus Laer zu einer Schlägerei. Die Rechtspresse brachte über den Vorfall einen völlig tendenziösen Artikel unter der Überschrift: „Reichsbannerüberfall auf friedliche Kriegervereiner“. In dem Artikel, der fast durch die ganze deutsche Rechtspresse lief, wurde von „Banditen“ und „Mordbuben“ gesprochen, die mit Messern und Totschlägern über wehrlose und friedliche Kriegervereiner hergefallen seien. Die Folge der Pressehege war, daß von der Bochumer Staatsanwaltschaft sieben Reichsbannerfunktionäre verhaftet wurden, die seit mehreren Tagen im Gefängnis sitzen, während den Kriegervereiner bis jetzt kein Haar gekrümmt wurde.

Wie hat sich die Schlägerei in Laer in Wirklichkeit abgespielt? Am 18. Juli fand in Bochum ein Kreisverbandsaufmarsch des Reichsbanners statt, zu dem die einzelnen Gruppen aus der Umgebung eingeladen waren. Durch den Ort Laer, in dem eine Feier des Vereins ehemaliger Heeresangehöriger stattfand, marschierte um die Mittagsstunde eine etwa 100 Mann starke Reichsbannerabteilung aus Langendreeer. Bei dem Vorbeimarsch vor der Wirtschaft „Zur Post“ traten die Kriegervereiner aus dem Lokal. Sie provozierten auf alle mögliche Weise die Reichsbannerleute und marschierten quer über die Straße in eine Seitengasse. Der Reichsbannertrupp ließ die Kriegervereiner ruhig vorüberziehen. Ein Teil drängte sich mitten durch die Marschgruppen des Reichsbanners und machte dabei drohende und hämische Bemerkungen, wie

z. B.: „Nur Ruhe, die werden heute abend schon wieder zurückkommen müssen.“

In der Nacht zwischen 11 und 12 Uhr kam ein Reichsbannertrupp von noch nicht 20 Mann auf dem Rückweg wieder an der Wirtschaft vorbei. Als die Kriegervereiner die Reichsbannerleute singen hörten, stürzten sie aus dem Gasthof, und gleich darauf vernahm man Hilferufe von zwei Reichsbannerkameraden, die etwas hinter dem Trupp zurückgeblieben waren und von den Kriegervereiner angefallen wurden. Die Angreifer konnten jedoch in das Lokal zurückgedrängt werden. Als aber der Reichsbannertrupp weitermarschieren wollte, kamen plötzlich 60 bis 70 Kriegervereiner mit Gewehren (Modell 1871), Stuhlbeinen und dergl. bewaffnet, auf die Reichsbannerleute zu. Erst jetzt begann die Schlägerei, die mit Verletzungen auf beiden Seiten endete. Von den Reichsbannerkameraden wurden mehrere durch Messerstiche verletzt.

Trotz der Beschimpfungen und Provoktionen durch die Kriegervereiner, trotz des mit der Uebermacht unternommenen Angriffs auf die Reichsbannerleute, die nur mit etwa 20 Mann zurückkamen und schon deshalb außer Verdacht sind, Prügeleien gesucht zu haben, hat es also die Staatsanwaltschaft fertig gebracht, lediglich auf Grund einseitiger Pressemeldungen in schärfster Form gegen Reichsbannermitglieder vorzugehen, sie von der Straße weg verhaften und tagelang festsetzen zu lassen. Also auch hier das übliche Verfahren unserer Justiz!

## Sinowjews Sturz.

### So vergeht die Herrlichkeit der Welt...

Die gestern durch die offizielle russische Telegraphenagentur mitgeteilten Einzelheiten über den Hinauswurf Sinowjews bedeuten selbst für die an Maßregelungen reiche Geschichte der russischen kommunistischen Partei eine Ueberraschung. Selbst wenn man berücksichtigt, daß Sinowjew nach dem letzten kommunistischen Parteikongreß im vorigen Jahre politisch kaltgestellt war und von der herrschenden Richtung im Zentralkomitee auf das heftigste bekämpft wurde, ist sein jetziger Ausschluß aus dem Politischen Bureau ein Vorgang von weitreichender politischer Bedeutung. Durch den Ausschluß Sinowjews und seiner nächsten Anhänger, sowie durch ihre öffentliche Inhaftierung wird mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß die inneren Gegensätze im russischen Bolschewismus eine bisher noch nicht dagewesene Schärfe erreicht haben und daß die gepriesene „Einheit und Geschlossenheit“ der in Rußland herrschenden Partei ins Reich der Vergangenheit gehört.

Die Mitteilungen der offiziellen russischen Telegraphenagentur kommen nicht unerwartet. Schon vor einigen Tagen hat das in Berlin erscheinende Zentralorgan der russischen Sozialdemokratie, „Der sozialistische Bote“, einen Bericht aus Moskau gebracht, in dem unter Bezugnahme auf die bevorstehende Sitzung des kommunistischen Zentralkomitees angekündigt wurde, daß eine entscheidende Schlacht zwischen der vereinigten Opposition und dem an der Spitze des Parteiapparates stehenden Generalsekretär der Partei, Stalin, stattfinden werde. Der Bericht enthält Einzelheiten, die für die Beurteilung der gegenwärtigen äußerst gespannten Situation sehr aufschlußreich sind. So ist es von Interesse, daß sich neuerdings eine gemeinsame Front der Opposition gegen Stalin gebildet hat, die von Trozki, Radek, Sinowjew und Kamenev geführt wird. Sensationell ist vor allem die Mitteilung, daß sich Radek und Trozki den beiden Führern der vorjährigen Opposition, Sinowjew und Kamenev, angeschlossen haben. Der Grund dafür liegt darin, daß diese kommunistischen Führer vor allem gegen die Tendenz Stalins ankämpfen, die Politik der russischen Sowjetunion vom Einfluß der kommunistischen Internationalen freizumachen. In führenden kommunistischen Kreisen Moskaus herrscht insbesondere Unstimmigkeit darüber, ob die Stellung der kommunistischen Internationalen zum englischen Kohlenarbeiterstreik und die Tätigkeit des englisch-russischen Komitees den Interessen der russischen Außenpolitik entsprechen.

Die von Stalin geführte Mehrheit des kommunistischen Zentralkomitees scheint sich davon Rechenschaft abzugeben, daß die abenteuerliche Politik, die jetzt von der Exekutive der kommunistischen Internationalen in England eingeleitet worden ist, den Interessenderrussischen Außenpolitik zuwiderläuft, die gezwungen ist, den angebahnten wirtschaftlichen Ausgleich mit England zum Abschluß zu bringen. Diese Strömung in der äußeren Politik steht durchaus im Einklang mit den immer deutlicher hervortretenden Tendenzen in der inneren Politik, die auf eine Kapitulation vor dem wirtschaftlichen Nachstreben der mittleren Bauernschaft hinauslaufen. Um sich an der Macht zu erhalten, sehen sich die maßgebenden Führer der russischen kommunistischen Partei genötigt, den Wünschen der großen Masse der russischen Bauernschaft, und zwar nicht der armen, sondern der mittleren, besitzenden Schichten, in weitgehender Weise Rechnung zu tragen. Der russische Bauer entpuppt sich immer deutlicher als der wirkliche Gewinner der russischen Revolution, der die kommunistische Partei zwar heute noch regieren läßt, der aber durch seine zunehmende wirtschaftliche Stärke die gesamte Politik der Sowjetregierung in die Bahn einer ausgesprochenen privatkapitalistischen Bauernpolitik drängt, die in sozialpolitischer Hinsicht in scharfem Gegensatz zur Arbeiterklasse steht. Ebenso zwingt diese Wandlung in der inneren Politik die Moskauer Regierung immer mehr, ihrer äußeren Politik einen „nationalen“ Anstrich zu geben und sich von der abenteuerlichen Politik abzuwenden, die die kommunistische Internationalen unter der Leitung Sinowjews seit ihrer Gründung geführt hat.

Diese Wandlung der russischen Außenpolitik ist es vor allem, die die verschiedenen Gruppen und Schattierungen in der kommunistischen Opposition gegen Stalin vereinigt hat. Im Bericht des „Sozialistischen Boten“ heißt es darüber:

„Die Opposition aller Schattierungen hat sich vereinigt und bereitet eine entschiedene Attacke gegen Stalin vor. Aber auch der „Parteiapparat“ schläft nicht und bereitet insgeheim eine grausame Abrechnung mit den Gegnern vor, insbesondere mit Lachewitsch, dem Organisator der Opposition. Von der einen und der anderen Seite wird die öffentliche Meinung der Partei mobilisiert. Der Opposition hat sich fast die gesamte alte Garde der Bolschewisten angeschlossen. Zu ihr gehört anscheinend auch ein Teil der wegen verschiedener „Abweichungen“ in Moskau festgehaltenen ausländischen Kommunisten. Das Programm, auf dem sich diese ganze vielstimmige Opposition geeinigt hat, ist der „Internationalismus“, im Gegensatz zu dem „Nationalismus“ Stalins, der danach strebt, die gesamte Tätigkeit aller kommunistischen Parteien der nationalrussischen Staatspolitik unterzuordnen. An dem Ausgang dieses Kampfes, d. h. an dem Sieg

## Verfolgungen in Elsaß-Lothringen.

### Zehn Eisenbahner wegen des Manifestes entlassen.

Strasbourg, 27. Juli. (Mtb.) Die zehn Eisenbahner, die seinerzeit das Manifest des Heimatbundes mitunterschieden haben, sind nun vom Direktor der elsass-lothringischen Bahn entlassen worden.

„Der Elsaßler“ bemerkt dazu: „Die Beamten der elsass-lothringischen Bahnen sind auf Grund der Konvention von 1921 nicht als Staatsbeamte zu betrachten. Es kann ihnen infolgedessen das Recht der freien Meinungsäußerung nicht bestritten werden. Aber die Elsaß-Lothringer, die nicht die im öffentlichen Leben herangezogene Liebedeuerer mitmachen, sind ausserordentlich vogelfrei. Es ist eine böse Saat, die durch die Sanktionspolitik ausgestreut wurde.“

Der Disziplinarausschuß der Rechtsanwältin von Saargemünd hat es der Staatsanwaltschaft gegenüber abgelehnt, gegen den Rechtsanwalt Thomas in Strasbourg, der zu den Unterzeichnern des Manifestes gehört, vorzugehen. Als Begründung soll angeführt sein, daß Thomas durch die Unterzeichnung keineswegs seinen Beruf als Berufssehre verstoßen, sondern lediglich außerhalb seines Berufes von den Menschen- und Bürgerrechten Gebrauch gemacht habe, die selbstverständlich auch den Rechtsanwältin zustehen. „Dieses Urteil hat umso mehr Bedeutung“, sagt die „Zukunft“, „als es nur von Juristen gefällt wurde.“

## Poincaré vor einem Anfangserfolg.

### Sichere Mehrheit in der Kammer.

Paris, den 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung Poincaré stellt sich heute nachmittags um 3 Uhr den beiden Kammern vor. Im Senat wird Justizminister Barthou, in der Kammer Poincaré selbst die Regierungserklärung verlesen. Sie wird, daran ist nicht zu zweifeln, bei den bürgerlichen Fraktionen eine günstige Aufnahme finden. Was die Interpellationen anlangt, die der Regierung vielleicht ungemütlich werden könnten, so beabsichtigt Poincaré, einfach unter Stellung der Vertrauensfrage die Vertagung ihrer Besprechung zu verlangen. Unter diesen Interpellationen befinden sich zwei sozialistische über die allgemeine Politik der Regierung und zwei weitere, ebenfalls von Sozialisten eingebracht, über die Maßregeln, die die Regierung angeht, die in der letzten Zeit enorm gestiegenen Brotpreise zu ergreifen gedenkt. Poincaré wird jedoch den Standpunkt vertreten, daß die bevorstehende Beratung seiner Finanzentwürfe den Interpellanten Gelegenheit geben wird, ihm über die allgemeine Politik des Kabinetts zu befragen. Da er, wie gesagt, an die Vertagung der Vertrauensfrage knüpfen wird, so besteht kein Zweifel darüber, daß die gesamten bürgerlichen Parteien dafür zu haben sein werden. Dagegen werden aller Voraussicht nach nur die Sozialisten und Kommunisten geschlossen stimmen. So wird dem Kabinett zum mindesten ein bedeutender Anfangserfolg beschieden sein, die Regierungserklärung wird mindestens mit 350 Stimmen gutgeheißen werden.

## Paul Boncour über den Völkerbund.

### Jaurès kämpfte für die Feststellung des Angreifers.

Paris, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Paul Boncour hat am Montag in Bruay eine Rede gehalten, in der er sich gegen den Völkerbund und die sozialistischen Interessen vertrat. Paul Boncour betonte, daß seine Genfer Tätigkeit keineswegs im Widerspruch mit der Friedenspolitik stünde, die stets von der sozialistischen Partei auf ihren Parteitagen verfolgt worden sei. Das Genfer Werk habe den

Zweck, den Frieden zu begründen. Der Völkerbund sei gerade deshalb groß, weil er den Frieden wolle und weil er als erste internationale Organisation der Staaten der Friedenssicherung diene. Die Auffassungen, die Jaurès von der nationalen Verteidigung gehabt habe, hätte nicht genügt, die Befehle französischen Gebiets durch die deutschen Truppen zu verhindern. Jaurès habe immer verlangt, daß von irgendeinem internationalen Institut der Angreifer festgestellt werde. Ebenso verlangte er für den Angegriffenen das Recht, sich zu verteidigen. Er wollte die Ereignisse den Intrigen der Geheimdiplomatie und den Kanzleien entziehen und eine genaue Feststellung desjenigen ermöglichen, der angegriffen hat, und des anderen, der sich verteidigen muß. Der erste Schritt in dieser Beziehung sei das internationale Schiedsgericht gewesen. Aber erst mit dem Völkerbund sei man zur Bezeichnung des Angreifers geschritten und habe allen anderen Nationen zur Pflicht gemacht, dem Lande zur Seite zu treten, das sich verteidigen muß. Jaurès sei am ersten Tage des Krieges getötet worden, ohne seine Träume erfüllt zu sehen; aber aus diesen Träumen sei der Völkerbund hervorgegangen.

## Abeßinien wendet sich an den Völkerbund.

### Wegen der englisch-italienischen Verhandlungen.

London, 27. Juli. (Mtb.) Der Unterstaatssekretär im Foreign Office erwiderte auf die Frage nach den englisch-italienischen Verhandlungen über Abeßinien, daß die englische Regierung am 24. Juli vom Generalsekretär des Völkerbundes die Abschrift einer Mitteilung erhalten habe, in der die abessinische Regierung die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die kürzlich zwischen England und Italien ausgetauschten Noten lenkt.

Der Arbeiterabgeordnete Buxton fragte darauf, welche Vorteile sich die englische Regierung neben dem Rechte des Baues des Tjana-Staubedens sichern könne als Gegenleistung für die der italienischen Regierung in Süd- und Westabessinien gemachten Konzessionen. Der Unterstaatssekretär erwiderte, die englische Regierung suche keinerlei Vorteile für England, sondern die Verbesserung der Wasserversorgung für den Sudan und Ägypten, monon die Wohlfahrt jener Länder abhängig. Der einzige Zweck des kürzlich abgeschlossenen Abkommens bestünde darin, die italienische Unterstützung bei den bevorstehenden Verhandlungen mit der abessinischen Regierung zu gewinnen, die allein den Bau des Tjana-Staubedens genehmigen könne. England hoffe, in der Lage zu sein, der abessinischen Regierung zu zeigen, daß dieser Bau den Interessen Abeßiniens ebenso sehr dienen werde, wie denen des Sudans und Ägyptens.

## Deutsch-polnische Verhandlungen.

### Bis auf weiteres unterbrochen.

Die im Rahmen der deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen geführten Verhandlungen über das Niederlassungsrecht sind auf unbestimmte Zeit verschoben worden. Veranlassung hierzu gab in erster Linie das bevorstehende Inkrafttreten des neuen polnischen Ausländergesetzes, das gemäß der neuen Vollmacht der polnischen Regierung voraussichtlich in einigen Tagen auf dem Verordnungsweg erlassen werden wird. Dieses polnische Ausländergesetz verschleiert die Rechtslage der Ausländer in Polen ganz erheblich und liefert sie bis zu einem gewissen Grade dem Ermessen der unteren Behörden aus. Für die Wiederaufnahme der Niederlassungsverhandlungen bedeutet dieses Gesetz eine übergroße Belastung, die mit den erst kürzlich betonten guten Absichten der polnischen Regierung, eine Besserung der deutsch-polnischen Beziehungen herbeizuführen, kaum in Einklang steht.





# Gewerkschaftsbewegung

## Reform der Arbeitsnachweise!

### Zusammenfassung und Entbureaufassung.

Die Reformbedürftigkeit der Arbeitsnachweise ist noch nie so all in die Erscheinung getreten wie in diesen Tagen der Massenarbeitslosigkeit. Gewiß, auch die Arbeitsnachweise können nicht zaubern und Arbeit aus dem Boden stampfen, wenn man von oben her in der großen Wirtschaft- und Arbeitskräftelücke zu weit treiben lassen. Aber jeder Kenner der Verhältnisse weiß, daß trotz der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt beträchtlich mehr Arbeit zu vermitteln wäre, wenn die Arbeitsnachweise sich wirklich der Arbeitsvermittlung widmen könnten. Die Arbeitsnachweise sind zum größten Teil heute mit der Fürsorge, mit dem Stempeln, mit dem Auszahlen und dergleichen überlastet und können daher für ihre eigentliche Aufgabe, die Arbeitsbeschaffung, nur sehr wenig tun. Es rächt sich jetzt, daß man nicht frühzeitig entsprechend den Forderungen der Freien Gewerkschaften eine Reform der Arbeitsnachweise durchgeführt hat.

Der Fehler liegt in der Verzettlung des Arbeitsnachweises. Wir haben zu viel kleine Nachweise, die nur wenig leisten können. Was wir brauchen, sind größere Nachweisbezirke und Befugung dieser größeren Arbeitsnachweise mit fachlich geschultem und gut bezahltem Personal. Die Arbeitsnachweiseleiter müssen Aufstiegsmöglichkeiten haben. Es muß der Anreiz gegeben sein, daß Leute mit Initiative, Tatkraft und kaufmännischem Sinn in den Beruf der Arbeitsvermittlung hineingehen. Die Arbeitsvermittler müssen Arbeit suchen und dafür auch in technischer Hinsicht gut ausgerüstet sein. Jedem Arbeitsvermittler in ländlichen Bezirken gehört ein Motorrad, damit er an die Arbeitsstellen und Arbeitgeber herankommt. Für die Beschaffung von Frauenarbeit brauchen die Nachweise weibliche Vermittlungskräfte. Der heilige viel zu bürokratisch aufgebaute Arbeitsnachweisapparat ist veraltet. Wenn man auch nicht von heute auf morgen den gesamten Aufbau der Arbeitsnachweise umkrempeln kann, so kann man doch wenigstens in der Richtung der Forderungen der Gewerkschaften, d. h. auf stärkere Zusammenfassung des verzeitelten Arbeitsnachweises, hinarbeiten.

Die Finanzfrage ist kein unlösbares Problem, da schon jetzt die Kosten zu zwei Dritteln aus der Erwerbslosenfürsorge gedeckt werden. Erfreulich ist, daß endlich auch der Städtetag und zum Teil auch die Landgemeinden den gewerkschaftlichen Forderungen beipflichten. Der Arbeitsnachweis muß heraus aus der bürokratischen Tradition und Bevormundung und auf eigene Füße gestellt werden, damit er den sozialpolitischen Bedürfnissen der Gegenwart gerecht werden kann. Von Gemeinden, die die Aufgaben eines Arbeitsnachweises so nebenbei erledigen lassen, und von Landräten, die sich vor dem Armeileutegeruch des Arbeitsnachweises fürchten, ist nichts zu erwarten.

## Tagung der italienischen Gewerkschaften.

### Die Gewerkschaften unter dem faschistischen Gewaltregime.

Mailand, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In den Räumen des italienischen Gewerkschaftsbundes in Mailand hat eine Ratifikation stattgefunden, an der außer den Mitgliedern des Vorstandes und den Bezirksvertrauensmännern die Vertreter der angeschlossenen Zentralverbände teilgenommen haben. Der Zweck der Tagung war die Prüfung der Lage der Organisationen und die Einreichung mehrerer Resolutionen an den Vorstand, die sich mit den Bedürfnissen der italienischen Arbeiterklasse beschäftigten.

Der Diskussion ging ein eingehender Bericht des Generalsekretärs des Gewerkschaftsbundes voraus, der Rechenschaft über die Maßnahmen ablegte, die der Gewerkschaftsbund ergriffen hat in Vertiefung der Ereignisse vom November 1925, die bekanntlich in der Auflösung aller Arbeitskammern gipfelte. Dieser Bericht bemerkte hinsichtlich des Organisationslebens, daß die Gewerkschaftsbewegung in der letzten Zeit durch verschiedene Zwangsmassnahmen gehemmt und gestört worden ist, die keinerlei Rechtfertigung beanspruchen können. Unter diesen Maßnahmen sind die wichtigsten die Auflösung der freien Landarbeitergewerkschaften von Rollinella und der Beamten- und Angestelltenvereine in Mailand. Die beiden Vertreter der aufgelösten Landarbeiterorganisationen erstatteten ebenfalls einen Bericht, der mit großer Bewegung aufgenommen wurde. Außer der Auflösung ihrer Organisationen mußten die Landarbeiter von Rollinella auch noch dulden, daß die Gutsbesitzer ihnen jede weitere Arbeitsmöglichkeit verweigerten. Der Bundesausschuss hat daraufhin von der Tagung den Auftrag erhalten, jedes ihm zur Verfügung stehende Mittel anzuwenden, den Schwerarbeitern von Rollinella die Existenz zu sichern, auf die sie Anspruch haben. Der Beamten- und Angestelltenverein von Mailand ist dagegen unter dem Vorwand aufgelöst worden, eine Vereinigung zu sein, in der sich Mitglieder der Opposition befinden! In beiden Fällen hat der italienische Gewerkschaftsbund Beschwerde beim Innenministerium eingelegt. Freilich wird diese Beschwerde nichts nützen.

Die Beschlagnahme der Gewerkschaftsräume und die Gewalttaten gegen einzelne Genossen haben nicht verhindern können, daß die Bewegung in der letzten Zeit selbst unter den gewaltigsten Schwierigkeiten überall gute Fortschritte gemacht hat. Der Bundesausschuss hat die Tagung auf die Denkschrift hingewiesen, die der Gewerkschaftsbund an die Regierung in Verteidigung der ebenfalls durch die letzte faschistische Gesetzgebung eingeschränkten Freiheit der freien Gewerkschaften gerichtet hat.

Die Tagung diskutierte und billigte einmütig die Arbeiten des Bundesausschusses für die der internationalen Arbeitskonferenz in Genf gewährte Unterstützung gegen die Maßnahmen der faschistischen Delegierten. Nach Anhörung des Berichtes des Generalsekretärs über die allgemeine moralische und finanzielle Lage des Gewerkschaftsbundes hat die Tagung mit Befriedigung festgestellt, daß der Fortschritt der Bewegung allen Widerständen gegenüber eine gute Aufwärtsentwicklung zeitigt. Die Bezirksvertrauens-

mannern nahmen lebhaften Anteil an der Diskussion, besonders diejenigen, die in dauernder Berührung mit der Arbeiterklasse leben. Ohne sich die Schwierigkeiten zu verhehlen, die der Bewegung durch die Behörden oder einzelne Faschisten erwachsen, waren sie sich einig in dem befriedigenden Eindruck, daß die Arbeiten bis heute einen verheißungsvollen Verlauf genommen haben. Es gilt also nun in Zukunft die Arbeit mit den Methoden fortzusetzen, die die Erfahrung als wirksam erwiesen hat.

Im übrigen wurde ebenfalls festgestellt, daß in dieser letzten Zeit eine Besserung der Beziehungen zwischen den einzelnen politischen Richtungen innerhalb der Zentralverbände Platz gegriffen hat. Eine bessere Erkenntnis der Erfordernisse, die der Augenblick erheischt, hat den Ausbruch unnützer Polemiken verhindert.

Hinsichtlich der Auswanderungsfrage hielt es die Tagung für angebracht, angesichts der Schwierigkeiten, die sich in verschiedenen Ländern gegen die italienischen Auswanderer erheben, alle Anstrengungen zu versuchen, eine noch innigere Verbrüderung mit den Arbeitern jener Länder anzustreben, deren Gäste diese italienischen Auswanderer werden. Zum Zwecke der Verteidigung der italienischen Auswandererinteressen wurde der Generalsekretär beauftragt, an dem im Oktober dieses Jahres in Regio stattfindenden Auswanderungskongress teilzunehmen.

## Um die Löhne der Handelshilfsarbeiter.

Die Berliner Einzelhandelsgemeinschaft hatte bekanntlich das Lohnabkommen der Handelshilfsarbeiter zum 30. Juli gekündigt und einen Abbau der Löhne bis zu 20 Proz. gefordert. Die Verhandlungen am vorigen Freitag scheiterten, da die Unternehmer auf den Lohnabbau bestanden, die Organisationsvertreter jedoch wegen der seit dem Abschluß des letzten Lohnabkommens eingetretenen Mietsteigerungen eine Erhöhung der Löhne beantragten. Die Berliner Einzelhandelsgemeinschaft hat nun den Schlichtungsausschuss angerufen, der die Parteien zu Freitag nachmittag zu Verhandlungen geladen hat.

Bei den direkten Verhandlungen ließen die Unternehmer durchblicken, es mit dem Anrufen des Schlichtungsausschusses nicht sonderlich eilig zu haben. Warum denn plötzlich die Ueberstürzung? Etwa weil Herr Körner am Montag auf Urlaub geht? Sie glauben anscheinend, daß Herr Körner ihnen beim Abbau der Löhne der Handelshilfsarbeiter genau so weit entgegenkommen wird, wie er es bei den Angehörigen des Einzelhandels getan hat.

## Bolle will keinen Frieden.

Die Funktionäre der Meierei Bolle beschäftigten sich gestern mit dem am Freitag voriger Woche vom Schlichter gemachten Vergleichsvorschlag, über den wir in unserer Sonntagsausgabe schon ausführlich berichteten. Nach einer längeren Aussprache stimmten sie dem Vergleichsvorschlag zu.

Wie wir heute erfahren, hat die Meierei Bolle jedoch auch wieder diesen Vergleich abgelehnt. Seit Weihnachten vorigen Jahres geht nun schon der Streit um die Feiertagsbezahlung, die Zahlung des Zuschlages für Arbeit an Wochenfeiertagen und die Lohnberechnung der Aufscher. Durch die Annahme des Vergleichsvorschlages wäre endlich der Streit aus der Welt geschafft worden. Die Meierei Bolle hat anscheinend kein Interesse an dem Frieden in ihrem Betriebe. Es bereitet ihr offenbar besonderes Vergnügen, in der Öffentlichkeit dauernd von sich reden zu machen. Vielleicht soll das eine besondere Keltame für ihren Betrieb sein?

## Ein Sklavenvertrag.

Zu der von uns in der gestrigen Abendausgabe veröffentlichten Notiz teilt uns Herr Stöck-Sarralani mit, daß der Betrieb des Restaurateurs Eduard Buchmann wirtschaftlich unabhängig von der eigentlichen Sarralani-Schau ist. Herr Stöck-Sarralani hatte von den Arbeitsbedingungen, die in dem veröffentlichten Dienstvertrag festgelegt sind, keine Kenntnis. Er erklärt ausdrücklich, daß er derartige Arbeitsbedingungen auf das Schärfste mißbilligt und nach Kenntnisnahme sofort die nötigen Konsequenzen zu dem Restaurationsbetrieb des Herrn Buchmann gezogen habe.

## Tagung der Krankenkassen.

Düsseldorf, 27. Juli. (Eigener Drahtbericht.) In der Diskussion sprach Dr. Gerlich als Vertreter der Reichszentrale für Kinderfürsorge und Geschäftsführer Lehmann, der darauf hinwies, daß bei den meisten Kassen die Familienversicherung eingeführt sei. Dann sprach noch Prof. Dr. Wichmann-Hamburg über „Die elektrophysikalische Heilmethode in der Krankenversicherung“ und Dr. Jochen-Berlin über „Bäderfürsorge für Rassenmitglieder“. Beide Referate, die sich mit Spezialfragen befaßten, fanden großen Beifall. Das wesentlichste bei diesen beiden Vorträgen war die Feststellung, daß das Krankenkassenmitglied nicht als Patient zweiter Klasse behandelt werden dürfe.

Damit war die Reihe der Vorträge erschöpft. Es wurden dann noch einige Satzungsänderungen vorgenommen und einige eingegangene Anträge erledigt.

## Keine Änderung im englischen Bergbaukonflikt.

London, 27. Juli. (WTB.) Die allgemeine Auffassung über die gestrigen parlamentarischen Debatten über die Kohlenkrise geht dahin, daß sich die Lage in keiner Weise gebessert habe. Die Erörterungen im Oberhaus zeigten kein Ergebnis, und die Aussprache im Unterhaus bestand lediglich in erbitterten Angriffen der Opposition gegen die Regierung, weil sie die Vorschläge der Vertreter der Kirche nicht angenommen habe.

In der für nächsten Freitag einberufenen Konferenz der Bergarbeiterdelegierten erblicken die Zeitungen ein Ereignis von weitestlicher Bedeutung. Der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Coof, erklärte, die Konferenz bedeute keine Kapitulation, sondern sei nur der Prüfung der Lage gewidmet. Die Delegierten der Bergarbeiter müßten ihren Führern erklären, ob sie nachgeben oder neue Pläne zur Fortsetzung des Kampfes vorbereiten wollten.

Wie die Blätter berichten, arbeiteten gestern in Warwickshire infolge der Rede, die Bergarbeiterführer Coof in dem Bezirk gegen die Streikbrecher gehalten hat, 300 Bergarbeiter weniger. Im ganzen waren ungefähr 1000 Bergarbeiter der Arbeit ferngeblieben, jedoch sind 700 neue Arbeitswillige zur Arbeit zurückgekehrt.

# Aus der Partei.

## Zur Verfassungsfeier.

Zur bevorstehenden Verfassungsfeier am 11. August verweist der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit auf das von ihm herausgegebene Heft Nummer 6 der Sonderreihe „Arbeiterbildung“, betitelt „Die Verfassungsfeier“. Die Schrift enthält mehrere wertvolle Anregungen, Gedichte und Programmvorschlüge für die Verfassungsfeier, außerdem einen Entwurf zu einer Rede von Gustav Radbruch.

Ferner enthält die Anfang Juni erschienene Nummer 7 der „Büchermärkte“ in ihrer Beilage „Arbeiterbildung“ eine Vortragsdisposition für die Verfassungsfeier mit Literaturnachweisen von Alwin Senger, die besonders den Referenten empfohlen wird. Das Heft Nummer 6 der Sonderreihe der „Arbeiterbildung“ ist zum Preis von 25 Pf. vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu beziehen. Das genannte Heft der „Büchermärkte“ kostet 75 Pf. im Einzelverkauf. Die „Büchermärkte“ wird aber, da sie laufend wertvolles Material für die Bildungs- und Organisationsarbeit bringt, am besten ständig abonniert und kostet im Quartal 1,50 M. Bestellungen nehmen die Postanstalten und Buchhandlungen entgegen.

## Arbeiterferienveranstaltungen.

Die vom Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit in diesem Sommer vorgesehenen Ferienveranstaltungen konnten bisher reiflos durchgeführt werden und fanden eine sehr starke Beteiligung. Ein Beweis für das große Interesse, das die Arbeiterklasse diesen Veranstaltungen entgegenbringt. Ferienkurse fanden neben zwei zentralen Schulungskursen für Frauen und Redakteure in den folgenden Bezirken statt: Hannover, Pfalz, Hessen-Rosau, westliches Westfalen, Ostschlesien, Leipzig, Freistaat Hessen, Jülich, Hamburg, Ferienreisen nach Paris, Italien, an den Rhein, Schweiz, Hamburg-Helgoland. Im Laufe der nächsten Zeit finden noch folgende Veranstaltungen statt:

a) Ferienkurse: 1. bis 7. August: Landesjugendheim Elmsee an der Döbse (Holstein). Christian Döring: „Rary ökonomisch Lehren“. — 15. bis 21. August: Naturfreundehaus in Friedrichroda (Thüringen). Richard Woldt: „Amerikanismus in der heutigen Wirtschaft“. — 15. bis 21. August: Volkshaus Bifchofsgrün (Niederschlesien). Dr. Schröder: „Einführung in die Staatslehre“. — 15. bis 21. August: Soltau in der Lüneburger Heide. Christian Döring: „Einführung in die Volkswirtschaft“. — 5. bis 11. September im Bezirk Chemnitz: Walter Voelz: „Probleme der Finanzpolitik“. — 5. bis 11. September: Gewerkschaftshaus „Monopol“, Wernigerode im Harz. Richard Woldt: „Rassenpsychologie und Arbeiterbewegung“. — 22. bis 29. August: Bezirk Mecklenburg-Lübeck. Albert Rudolph: „Geschichte der Arbeiterbewegung“. — 26. September bis 2. Oktober: Bad Stein an der Döbse. Professor E. Kölling: „Einführung in die Politik“.

b) Ferienreisen: Brüssel-Paris vom 15. bis 23. August; Prag-Wien-Salzburg vom 22. bis 31. August; Wanderschaft in den Schwabwald vom 22. bis 31. August.

Anmeldungen zu den Kursen wie zu den Reisen werden, wenn sie recht bald erfolgen, mit Ausnahme der Reise Brüssel-Paris, zu der die Teilnehmerliste bereits geschlossen ist, noch angenommen durch den Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

# Arbeiter Sport.

## 15. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

Am Sonnabendnachmittag wurde der 15. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in dem würdig geschmückten großen Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses eröffnet. Der Bundesvorsitzende Geller begrüßte die Vertreter des Hamburger Senats und der Städte Altona und Wandsbef.

Der Vertreter des Hamburger Senats, Staatsrat Dr. Buch, überbrachte die Grüße der drei Schwesterstädte und überreichte als sichtbares Zeichen der Anerkennung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung einen Betrag von 3000 M. für die Bundeschule in Leipzig. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sprach Genosse Ludwig, der die Verbundenheit zwischen der politischen Partei- und der Arbeiterportbewegung betonte. Auch die Kommunisten ließen den Bundestag begrüßen. Für den ADGB sprach die Genossin Heine, für die Zentralkommission der Arbeiter-Sport- und Körperpflege Fritz Bildung. Grüße der tschechischen Arbeiterportler, der deutschen Arbeiterportler der Tschechoslowakei, des Deutschen Arbeiter-Sportbundes, der Hamburger Sozialdemokratie und des Hamburger Sportartells schlossen sich an. Nachdem der Bundesvorsitzende der Toten des Bundes gedacht hatte, wurde die vorgeschlagene Geschäftsordnung genehmigt.

## Sport.

### Woeskops und Martinetti Fliegerweltmeister!

Die Radweltmeisterschaften für Flieger, die am Sonnabend und Sonntag in Gegenwart von etwa 10 000 Zuschauern auf der Simphonbahn in Mailand in zahlreichen Läufen ausgetragen wurden, sahen als Sieger und neue Weltmeister: der Berufsfahrer der Holländer Woeskops (Weltmeister 1921/24) vor Moretti-Italien, Richard-Franckreich und Kaufmann-Schweiz; der Amateure den Italiener Martinetti vor Galvoing-Franckreich, Razairac-Holland und Bolocchi-Italien. Der Rennleitung wird der Vorwurf gemacht, in mehreren Fällen die Italiener in Entscheidungen begünstigt zu haben. Die deutschen Teilnehmer Engel, Steffes, Oskar Rütt und Oszmella schiedn alle bereits in den Zwischenläufen aus.

Verantwortlich für Politik: Dr. Gust Geper; Wirtschaft: Felix Gebrows; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Revolution: Dr. John Schilowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstadt; Anzeigen: H. Glöck; Familien in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 3.

**Komische Oper**  
8 1/2, Dir. James Klein 8 1/2,  
Die große Revue  
**Berlin ohne Hemd!**  
Allabendlich 9.30 Uhr  
Die sensationelle Einlage:  
**Satans Brautnacht!**  
Über 200 Mitwirkende!

**Berliner Uk-Trio**  
Neukölln, Lahnstr. 74/75/1

**Photoapparate**  
**Bedarfsartikel**  
Entwickeln - Kopieren  
gut und preiswert  
**Photo - Spezialhaus Haller**  
Kottbuser Damm 98

**Vorwärts**  
Kriegsgefangene ge-  
sucht. Sagerstraße 91  
Steglitz.

**Gardinen!**  
Sonderangebote  
und  
Gegengeschenke!  
in  
Künstler-  
Gardinen .. 2.90  
Wädras-  
Gardinen .. 4.-  
Stores .. 2.20  
Sonderdecken  
1 bettig .. 4.-  
Sonderdecken  
2 bettig .. 8.-  
Sper.-Gardinenwerkst.  
**Neukölln,**  
**Bergstr. 67**  
am Ringbahnhof  
Köln Laden!

**Hausmusik auf Kredit!**  
**Erstkl. Sprech-Apparate**  
mit Plattenzugabe.  
Geringe Anzahlung  
und kleinste Rate  
Plattens aller Marken zu Listen-  
preisen in großer Auswahl.

**Musikhaus E. Feldhammer**  
Berlin S 42, Ritterstr. 34. Telefon: Dönhof 2334  
Fordern Sie kostenlosen Prospekt ein oder besichtigen Sie  
meine Vortragsräume von 9-7 Uhr (auch Sonnabends)

**Kaufen Sie nur in einem Spezial-Sprechmaschinen-Geschäft!**

**Möbel**  
**ohne Anzahlung**  
Liefert altrenommiertes Möbelhaus  
komplette Zimmer, sowie Einzeilmöbel, Küchen  
in allen Farben, Ankleideschränke, Kleider-  
schränke, Sofas, Bücherchränke, Beistellen in  
Holz und Metall, Teppiche und vieles andere  
**bei denkbar bequemsten**  
**Ratenzahlungen!**  
Beste Qualitäten! Billigste Preise!  
Gefl. Anfragen unter D. 27 an die Hauptexped. des  
Vorwärts, Berlin SW 68

**Besonders** wirksam sind die KLEINEN  
ANZEIGEN in der Gesamtauflage  
des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

**Adolf Hoffmann**  
**Knorke**  
Schulhumoreske  
mit Illustrationen  
von Willi Steinert  
Preis 50 Pfg. / Porto 5 Pfg.  
Vorrätig in allen  
Vorwärts-Ausgabestellen

**HUNDE**  
Katzen, Papageien und alle  
Haustiere werden behandelt.  
**Tierärztliche Poliklinik**  
Chausseestraße 93  
neben Kriegervereinshaus  
Sprechstunden: 11-1 u. 4-6 Uhr